



MIX

MAGAZIN FÜR VIELFALT

HERAUSGEGEBEN VON DEN KANTONEN BE / BL / BS / GR

2/2018

In bester Gesellschaft

*Eine gleichberechtigte
Partizipation stärkt den
gesamtgesellschaftlichen
Zusammenhalt*

Interview Katharina
Morawek über die
Demokratisierung der
Schweizer Demokratie

Déjà-vu Die Italiener
kommen wieder

Inhalt 2/2018

EDITORIAL

NACHGEFRAGT

3 Die Physikerin Ursula Keller behauptet sich in einer Männerdomäne

THEMA

4 In bester Gesellschaft

Bessere Partizipationsmöglichkeiten stärken den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft → Seite 4

8 Die Kuratorin Katharina Morawek über die Demokratisierung der Schweiz
10 Auf Tuchfühlung mit der Verantwortung: Vorbilder in Sachen Partizipation
12 Voll dabei: Mit 18 Jahren den Anschluss an die Gesellschaft finden

AUS DEN KANTONEN

13 Basel-Landschaft
14 Basel-Stadt
15 Bern
16 Graubünden

DÉJÀ-VU

17 Sie kommen wieder

Italienerinnen und Italiener bilden wieder die grösste Zuwanderungsgruppe aus EU-Ländern → Seite 17

MIXER

17 Carte Blanche von David Kohler alias Knackeboul

LEBENSNAH

18 Grenzgängerin

Über 300 000 Menschen fahren täglich über die Landesgrenze in die Schweiz zur Arbeit → Seite 18

IMPRESSUM



DIJANA TAVRA,
INTEGRATIONS-
DELEGIERTE
KANTON BERN
FOTO: ZVG

Liebe Leserin, lieber Leser

Ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Privaten: Die Schweizer Gesellschaft ist vielfältig. Entsprechend wichtig ist es, unser Zusammenleben so zu gestalten, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner – unabhängig von ihrer Herkunft – gleichermaßen am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Eine zentrale Frage ist, wie dieses anspruchsvolle Ziel erreicht werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch die Migrationsbevölkerung in sich selbst wiederum äusserst heterogen zusammengesetzt ist. Das Wichtigste vorab: Das Zusammenleben funktioniert bei uns gut, auch wenn in öffentlichen Debatten die eingangs erwähnte Vielfalt immer wieder zu Diskussionen führt.

Das heisst aber nicht, dass wir schon alles erreicht hätten. Um diese Selbstverständlichkeit zu festigen, sollten alle darauf hinarbeiten, bestehende Partizipationsmöglichkeiten zu stärken und neue zu erschliessen. Neu zugezogene Menschen sollen dazu ermutigt und befähigt werden, bei wichtigen Entscheidungsprozessen, die auch sie betreffen, mitzureden, diese mitzugestalten und einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten. Nur so können wir langfristig den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern – darüber sind sich Expertinnen und Experten einig. Neben der Bereitschaft, vorurteilsfrei aufeinander zuzugehen, gehört dazu u. a. auch der Anspruch, strukturelle Barrieren, die den Zugang zur Aus- und Weiterbildung sowie zum Arbeitsmarkt einschränken, zu beheben.

Partizipation hat viele Gesichter – das zeigt die aktuelle Ausgabe der MIX. Sie spricht einen Toast auf jene Menschen und ihre Geschichten aus, die unseren Alltag bereichern und das Gemeinwesen stärken. Ganz nach dem Motto: Wir befinden uns in bester Gesellschaft. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre. ○

«Fakten sind keine Meinung» *Die Physikerin und ETH-Professorin Ursula Keller gilt international als Lasertechnikpionierin. Für ihre herausragende Arbeit wurde sie bereits mehrfach ausgezeichnet.*



INTERVIEW:
GÜVENGÜL
KÖZ BROWN;
FOTO:
ZVG

MIX: Frau Keller, Sie haben diesen Sommer den Europäischen Erfinderpreis für Ihr Lebenswerk erhalten. Wie fühlt sich das an?

Ursula Keller (UK): Eine solch renommierte Auszeichnung zu erhalten, die Innovation und die Menschen dahinter zelebriert, ist eine riesige Ehre. Was mich noch mehr freut, ist die grosse Anzahl an Frauen, die dieses Jahr geehrt wurden. Seit der erstmaligen Vergabe vor zwölf Jahren war sie noch nie so hoch.

MIX: Wie schwierig war es für Sie, sich in dieser Männerdomäne zu etablieren?

UK: Es war nicht einfach. Mein Selbstbewusstsein wurde allerdings gestärkt, indem ich mein PhD in Angewandter Physik an der Stanford University gemacht habe. In den USA waren sie in Sachen Frauenförderung schon in den 1980er-Jahren weiter als in der Schweiz. Ich fühlte mich

viel mehr unterstützt, auch in Krisenzeiten, die ich während meiner Doktorarbeit ab und zu durchmachte. Dann hörte ich Sätze wie: «Niemand hat dir gesagt, es werde einfach.» Oder: «Wir haben dich ausgewählt und wir machen keine Fehler.» Das ist gerade für Frauen in typischen Männerberufen wichtig, weil viele ihnen das Gefühl geben, sie könnten nichts.

MIX: Hat sich diesbezüglich etwas zum Positiven verändert?

UK: Im Gegenteil, ich habe sogar das Gefühl, dass sich die Fronten inzwischen verhärtet haben. Als ich vor 25 Jahren an der ETH anfing, wurde ich von meinen Kollegen belächelt und ignoriert. Ich konnte mich aber in dieser Isolation wenigstens erfolgreich auf meine akademische Arbeit konzentrieren. Heute fühlen sich relativ viele Männer von Frauen bedroht und aktiv benachteiligt. Diese emotionalen Reaktionen überraschen mich gerade unter Wissenschaftlern, die ihre Arbeit auf Fakten aufbauen. Dadurch blenden sie einfach Studien aus, die belegen, dass die Wahrscheinlichkeit, Professor zu werden, für einen Mann nach wie vor zigmal grösser ist als für eine Frau.

MIX: Gibt es Hoffnung für einen Wandel?

UK: Offensichtlich haben wir es verpasst, unseren männlichen Kollegen zu erklären, was Diskriminierung ist. Dieses Wissen und das Bewusstsein dafür können und müssen wir aktiv stärken. Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene scheint mir mehr politischer Druck möglich, um ein Umdenken zu bewirken. Also ja, es gibt Hoffnung.

MIX: Wie geht es Ihnen als Forscherin in Zeiten von Fake News?

UK: Ich finde diese Entwicklung extrem problematisch. Auch in einer schnelllebigen Social-Media-Welt müssen wir in der Lage sein, zwischen Meinung und Fakten zu unterscheiden: Eine eigene Meinung darf man haben, aber sicherlich nicht eigene Fakten.

MIX: Reden wir kurz über die Fakten in Ihrem Leben:

Sie stammen aus einer Arbeiterfamilie. Welche Rolle spielten die Eltern auf Ihrem Bildungsweg?

UK: Für sie war Bildung sehr wichtig. Gleichzeitig war aber allen klar, dass ich nach der Sekundarschule eine Lehre mache. Während eines Tests beim Berufsberater wurde mir das Gymnasium empfohlen – das ermöglichte mir, als Erste in der Familie zu studieren. In der Schweiz haben wir im internationalen Vergleich eine hohe Chancengerechtigkeit im Bildungssystem – aber auch sie ist nicht perfekt. In Zürich ist der Übertritt ins Gymnasium beispielsweise nur über eine Aufnahmeprüfung möglich, in der auch Sachen getestet werden, die an den Schulen gar nicht behandelt wurden. So haben Kinder, deren Eltern keine finanziellen Mittel für Vorbereitungskurse oder Nachhilfestunden haben, fast keine Chance. Das finde ich sehr bedenklich. Vielleicht könnten neue Konzepte wie Mindsteps in den Schulalltag integriert werden, bei dem sich die akademische Leistungsfähigkeit mittels eines normierten Instruments nachweisen lässt.



In bester Gesellschaft *Die Partizipationsförderung hat im Integrationsbereich einen hohen Stellenwert. Zu Recht, denn die Teilhabe am sozialen und politischen Leben stärkt den Zusammenhalt im Grossen wie im Kleinen.*

TEXT: GÜVENGÜL
KÖZ BROWN
FOTO:
CLAUDIA LINK

Woher hast du deine Intelligenz?», fragt eine Klassenkameradin von Nouredine Wenger als er mit ihr ins Gymnasium kommt. Die Akademikertochter kann sich nicht vorstellen, dass er als Sohn eines Schweizer Handwerkers und einer marokkanischen Hausfrau gute Noten schreiben kann. Die Frage habe ihn jahrelang beschäftigt, gibt der heute 29-jährige Soziologiestudent zu. «Intelligenz ist ein problematisches Konzept. Früher hatte ich das Gefühl, entweder man ist intelligent oder man ist es nicht – so als wäre es allein etwas Angeborenes. Heute weiss ich, dass der Bildungserfolg und die schulischen Leistungen auch stark von der Erziehung und vom sozialen Milieu abhängig sind.»

Auch wenn Nouredine Wenger in der akademischen Welt inzwischen Fuss gefasst hat, ist es ihm bewusst, dass er darin mit seiner Herkunft aus einfachen Verhältnissen nach wie vor zu einer Minderheit gehört. Auch Studien belegen, dass das Schweizer Bildungssystem die Reproduktion von Eliten begünstigt – etwa jene von der emeritierten Pädagogikprofessorin Margrit Stamm. Demnach sind Kinder aus bildungsfernen und ökonomisch schlechter gestellten Familien auf Gymnasial- und Hochschulstufe seit Jahrzehnten stark untervertreten. Schülerinnen und Schüler ohne Migrationserfahrung sind genauso davon betroffen wie jene mit Migrationserfahrung. Letztere haben es im System besonders schwer – u. a. aufgrund mangelhafter Sprachkompetenz. Dabei ist Bildung in vielerlei Hinsicht der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und somit entscheidend für die individuellen Lebenschancen: Sie ermöglicht bessere Jobs und damit ein höheres Einkommen, hat aber auch Einfluss auf die Lebenserwartung, die Gesundheit und die soziale Integration.

Zusammenhalt als Stärke erkennen

Die Kenntnis der Landessprache gilt nicht nur als Grundvoraussetzung für den Schulerfolg und die Chancengleichheit, sondern sei auch der entscheidende Schlüssel für gelingende Integration – so die gängige Meinung. «Selbstverständlich ist die Fähigkeit, eine lokale Sprache zu sprechen und zu verstehen, der erste Integrationsschritt – für Kinder mit Migrationserfahrung genauso wie für Erwachsene», unterstreicht der promovierte Jurist und Philosoph Johan Rochel. «Das alleine reicht aber nicht aus, um das Konzept der Partizipation auf alle Lebensbereiche auszuweiten.» Denn Partizipation umfasse ebenso den diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnungen, zu Vereinen oder zu wichtigen Ämtern. «Auch wenn die 100-prozentige Chancengleichheit in einer Gesellschaft eine Utopie bleiben wird, müssen wir alles Erdenkliche unternehmen, um Ungleichbehandlungen und strukturelle Barrieren abzubauen. Nur so kann eine Gesellschaft näher zueinanderkommen und sich gemeinsam für ein besseres Miteinander einsetzen.» Dass es funktionieren kann, würden insbesondere Sportvereine wie Fussballclubs beweisen. Sie seien regelrechte Integrationsmaschinen. «Auf dem Rasen sieht man, dass Vielfalt eine Stärke ist. Diese Stärke müssen wir auf unseren Alltag übertragen», so Rochel.

Neben der gegenseitigen Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, bedinge Partizipation vor allem ein Informationssystem, das es auch Migrantinnen und Migranten erlaube, ihre Kompetenzen zu stärken. «Wissen macht Menschen erst handlungsfähig», betont Rochel, der derzeit den Weiterbildungskurs «Ethik und Migration» an der Universität Zürich leitet. Deshalb sei es die Pflicht des Staates, ohne Wenn und

Aber in die Vermittlung von Grundwissen zu investieren. Damit gerade Bevölkerungsgruppen ohne Zugang zu Ressourcen wie Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Politik wissen, welche Mitgestaltungsmöglichkeiten sie

«Der Staat muss ohne Wenn und Aber in die Vermittlung von Grundwissen investieren.»

überhaupt haben. «Es geht um die Ermächtigung aller. Selbstverständlich kostet das Geld, aber diese Investitionen lohnen sich längerfristig», ist Rochel überzeugt. Was die Menschen anschliessend mit ihrer angeeigneten

Kompetenz machen, sprich, ob sie sich tatsächlich ehrenamtlich oder politisch engagieren, sei ihnen überlassen. «Man kann von der ausländischen Bevölkerung mit unseren liberalen Werten nicht mehr verlangen, als von der einheimischen: Man darf, muss aber nicht», gibt er zu bedenken.

Möglichkeiten gezielt aufzeigen

Die feministische Friedensorganisation cfd setzt auf diese Aufklärung und den Austausch jenseits von Stereotypen. Sie bietet in Bern von Migrantinnen entwickelte Stadtrundgänge an, in deren Rahmen Orte der Teilhabe gezeigt werden. «Damit eröffnen wir einen aktiven Dialog, der auf eine Wir-Gesellschaft hinwirkt. Die Frauen zeigen dabei selbst auf, wo die Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation liegen, wie unsere Gesellschaft funktioniert und wie man Zugänge zu ihr eröffnet», sagt Carolina Hutmacher, stellvertretende Projektverantwortliche. Der Rundgang zum Thema Bundeshaus veranschaulicht beispielsweise, dass Frauen mit Migrationshintergrund in der Politik stark untervertreten sind. Auch der Verein Mitstimme setzt sich dafür ein, dass Migrantinnen und Migranten sicht- und hörbar werden. «Zu unseren Kernaktivitäten zählt die Durchführung einer Migrantensession, in deren Rahmen wir den

Teilnehmenden – mit und ohne Stimmrecht – aus den Kantonen Basel-Stadt und -Landschaft die Gelegenheit geben, politische Dossiers zu debattieren und konkrete Anliegen sowie Lösungsansätze zu formulieren», erklärt die Vereinspräsidentin Tatiana Vieira. «Im Vorfeld bieten wir zudem Weiterbildungskurse sowie Mentoringprogramme mit aktuellen Mitgliedern des Grossen Rates bzw. des Landrates an. Dadurch erfahren die Menschen mehr über das politische System der Schweiz und dessen Abläufe.» Längerfristiges Ziel sei die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Bürgerinnen und Bürger ohne Schweizer Pass. «Dass dieses nach wie vor an die Staatsangehörigkeit geknüpft ist und somit an die teure, zeitaufwendige und für viele als Affront wahrgenommene Einbürgerung, ist ein Skandal», gibt Rochel unmissverständlich zu verstehen und liefert gleich die Argumente dazu: «Nichtschweizer müssen sich integrieren, Gesetze einhalten, Steuern und Sozialversicherungen bezahlen. Aber wenn es um politische Vorlagen geht, haben sie nichts zu sagen – obwohl sie von den Entscheiden genauso betroffen sind.»

(Eigen-)Verantwortung übernehmen

In der ganzen Diskussion um Grenzen und Möglichkeiten der Partizipation sei es wichtig, Menschen mit Migrationshintergrund nicht automatisch als Hilfsbedürftige abzustempeln, denen man permanent unter die Arme greifen müsse, meint die Psychologin und Basler Bürgergemeindepräsidentin Canan Özden dezidiert. «Die Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung ist sehr heterogen, und entsprechend unterschiedlich sind die Bedürfnisse. Ich selbst möchte beispielsweise nicht, dass man mich als Opfer eines vermeintlich rassistischen Systems wahrnimmt», so die türkischstämmige Politikerin. «Ich bin Teil dieser Gesellschaft, und auch mir stehen viele Möglichkeiten offen, in diesem Land etwas Bedeutendes zu erreichen», sagt Özden selbstbewusst. Es bedinge allerdings die Bereitschaft, Eigenverantwortung zu übernehmen und sich mit gesellschaftlichen Themen aktiv auseinanderzusetzen. «Und manchmal auch Mut, Hoffnung und Offenheit, sich für eine verantwortungsvolle Aufgabe zu engagieren – sei das in einer politischen Partei, in der Nachbarschaft oder in einem gemeinnützigen Verein.»

Freiwilligenarbeit hat in der Schweiz eine lange Tradition. Ergänzend zum Engagement des Staates und von privaten Institutionen übernehmen Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und anderen Organisationen engagieren, wichtige Aufgaben, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt und die Verantwortung füreinander stärken. Sie tun dies, indem sie etwa in Sportvereinen Kinder trainieren,

Geflüchteten Deutsch unterrichten oder sich im Gemeinderat engagieren. Zwar existieren praktisch keine repräsentativen Erhebungen über das freiwillige Engagement von Migrantinnen und Migranten, aber die vorhandenen Infor-

«Dass das Stimmrecht nach wie vor an die Staatsangehörigkeit geknüpft ist, ist ein Skandal.»

mationen zeigen auf, dass sie sich sehr wohl engagieren. «Gerade die Arbeit von Migrantenvereinen darf nicht unterschätzt werden», betont Lukas Niederberger, Geschäftsleiter der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft SGG, die den «Freiwilligen-Monitor Schweiz» herausgibt. «Migrantenvereine bieten neu Zugewanderten die Möglichkeit, sich mit bereits länger hier lebenden und integrierten Personen zu vernetzen und sich über den Alltag in der Schweiz zu informieren.» Genauso wertvolle Arbeit leisten hier orts- und sprachkundige Schlüsselpersonen mit Migrationshintergrund. In ihrem privaten Umfeld vereinfachen sie ihren

Landsleuten den Alltag, indem sie ihnen beispielsweise bei Behördengängen, Arztbesuchen oder Elterngesprächen zur Seite stehen. Damit eröffnen sie den betroffenen Personen neue Handlungsmöglichkeiten und beschleunigen deren Integrationsprozess. Die weitverbreitete These, dass sich Personen ohne Schweizer Pass oder ohne Niederlassungsbewilligung weniger als Schweizer Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren würden, sei deshalb mit Vorsicht zu geniessen. «Politischer Status und zivilgesellschaftliches Engagement verhalten sich wie Ei und Huhn. Sie begünstigen sich gegenseitig. Das spricht zweifellos für die Förderung der politischen Partizipation von Bewohnerinnen und Bewohnern ohne Schweizer Pass. Denn diese können sich heute in manchen Bereichen wie Parteien oder in öffentlichen Ämtern wie Gemeindekommissionen, Schulpflege oder Feuerwehr nicht oder nur beschränkt engagieren. Sowohl Milizorgane als auch Vereine der Zivilgesellschaft sollten sich stärker für Personen mit einem Migrationshintergrund öffnen», so Niederberger. Nicht nur, weil Freiwilligenarbeit für das Zusammenleben relevant ist, sondern weil sie auch einen positiven Einfluss auf den Integrationsprozess der ausländischen Bevölkerung hat. «Wer mitmacht, lernt dabei Aspekte des Zusammenlebens kennen, ist informiert und baut Netzwerke auf», zählt Walter Leimgruber, Leiter des Seminars für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Universität Basel, die Vorteile auf.

Neue Beteiligungsformen leben

Die Bereitschaft, sich in starren Strukturen ehrenamtlich zu engagieren, nimmt generell und unabhängig von der Herkunft ab. Einer der Gründe dafür ist die fortschreitende Urbanisierung und die damit verbundene Mobilität. «Die meisten Menschen leben und arbeiten nicht mehr am gleichen Ort. Durch diese Mehrbelastung haben sie kaum noch Zeit, sich in der Freizeit für das Gemeinwohl einzusetzen. In den Vordergrund rücken dafür Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie», so Leimgruber. Komme hinzu, dass viele ein Engagement als unnötig erachten würden, weil die Dinge in der Schweiz aus ihrer Sicht gut oder zumindest zufriedenstellend funktionieren würden. Die im Mai dieses Jahres veröffentlichte Studie «Die neuen Freiwilligen – die Zukunft zivilgesellschaftlicher Partizipation» des Gottlieb-Duttweiler-Instituts ergründet u. a. die Ursachen für diese Entwicklung und beschreibt die zentralen Rahmenbedingungen für ein zukünftiges zivilgesellschaftliches Engagement. Grund in Pessimismus zu verfallen, gebe es nicht. Die Teilnahme an einer Tauschbörse, der Projektchor mit Flüchtlingen, das Mithelfen in einem Gemeinschaftsgarten oder das Verfassen von Wikipedia-Einträgen seien genauso Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements, so die Autorinnen und Autoren. Die neuen Freiwilligen wollen nicht mehr nur ausführen und Gratisarbeit leisten, sondern mitdenken und mitbestimmen können. Dabei helfe auch die Digitalisierung, die den Austausch mit den Interessierten vereinfache. Im neu entstandenen Kleinbasler Quartier Erlenmatt, in dem über 1000 Menschen leben – davon viele mit Migrationshintergrund –, ist die digitale Nachbarschaftshilfe bereits Realität. Wer hier einzieht, kann sich

die «erlenapp» herunterladen und über das Smartphone mit anderen Bewohnerinnen und Bewohner in Kontakt treten. Zum Beispiel zum Organisieren eines Kinderhütendienstes und von Fahrgemeinschaften oder zum Ausleihen von Haushaltsgeräten.

Gemeinschaftsexperimente wagen

Mit der Frage, wie die Möglichkeiten des Zusammenlebens in einer Gesellschaft verbessert werden können, beschäftigt sich auch die 2015 in New York lancierte «Urban Citizenship»-Bewegung. Deren Verfechterinnen und Verfechter streben den offenen, demokratischen und partizipativen Zugang zu Ressourcen und sozialen Rechten für alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner an – unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Das ist insofern von grosser Bedeutung, als die unterschiedlichen Aufenthaltsbewilligungen ungleichen rechtlichen Schutz bedeuten: je weniger weitreichend der Aufenthaltsstatus, desto eingeschränkter die Grundrechte wie Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit und Zugang zum Arbeitsmarkt. Ähnliche Bestrebungen

gibt es auch in Schweizer Städten. In Zürich etwa debattiert man trotz negativem Entscheid des Stadtrats weiter darüber, ob die «Züri City Card», eine Art städtische Identitätskarte für alle Einwohnerinnen und Einwohner, eingeführt werden soll. Davon profitieren würden insbesondere Sans-Papiers (siehe Interview auf Seite 8), beispielsweise durch vergünstigten Zugang zu Kulturinstitutionen, Sportangeboten und Bibliotheken. In Genf ist man diesbezüglich bereits einen Schritt weiter: Im Rahmen des Pilotprojekts Papyrus haben Anfang 2018 rund 1100 Sans-Papiers eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Dass solche Debatten zuerst in Städten stattfinden, überrascht Johan Rochel nicht. Die urbanen Zentren seien wie grosse Labors für eine konstruktive und pragmatische Auseinandersetzung mit Migrationsthemen. «Die Erprobung solcher mutigen und innovativen Massnahmen ist wichtig, denn die Schweiz kann nur gemeinsam mit den Zugewanderten noch besser werden», sagt Rochel überzeugt.

«Innovative Massnahmen sind wichtig, denn die Schweiz kann nur gemeinsam mit den Zugewanderten noch besser werden.»





«Die Schweiz neu definieren» Die Kuratorin Katharina Morawek engagiert sich für ein neues Selbstverständnis in der postmigrantischen Einwanderungsgesellschaft. Sie fordert u. a. die Demokratisierung der Demokratie.

INTERVIEW: GÜVENGÜL KÖZ BROWN
FOTO: CLAUDIA LINK

MIX: Frau Morawek, Sie sind Vorstandsmitglied am Institut Neue Schweiz (INES), das sich als postmigrantischer Think und Act Tank definiert. Was muss man sich darunter vorstellen?

Katharina Morawek (KM): Unsere Gesellschaft und unsere Leben sind von Migration geprägt. In den öffentlichen Debatten wird sie dennoch oft als Problem dargestellt. Die Haltung: «Hier sind wir, dort sind die anderen, die wir integrieren müssen», hat nichts mehr mit der Alltagsrealität vieler Menschen zu tun, die z.B. bereits in dritter oder vierter Generation in der Schweiz leben. Genauso paradox ist, dass wir in Vielfalt leben, jedoch ohne, dass sich diese Situation institutionell abbildet: In den Entscheidungspositionen, den Redaktionen, den Lehrinhalten, den Geschichten und Bildern, die sich die Schweiz über sich selbst erzählt, ist die gesellschaftliche Vielfalt stark unterrepräsentiert. Und dann wäre noch das berühmte Viertel der Bevölkerung, das vom politischen Stimmrecht mangels Bürgerrecht einfach ausgeschlossen ist. Das zeigt, welche Defizite unsere Demokratie aufweist. INES gibt all diesen Themen ein Zuhause. Nicht zuletzt deshalb, weil es aus unserer Sicht einen wirklichen Neuanfang braucht, wenn es darum geht, das Gespräch über unsere gemeinsame demokratische Zukunft im Zeitalter von Migration und Globalisierung zu führen.

MIX: Mit welchen Massnahmen wollen Sie diesen Neuanfang erreichen?

KM: Wir haben mit dem Aufbau des Instituts vor zwei Jahren begonnen. Ohne langfristigen Ansatz kann man ein solches Projekt nicht voranbringen – das war uns von Beginn an klar. Entsprechend haben wir uns zunächst auf die Bildung einer Community konzentriert. Inzwischen verfügen wir über ein Netzwerk aus Protagonistinnen und Protagonisten, die bisher viel zu wenig öffentlich vorkamen, aber den erwähnten Neuanfang verkörpern und auf den Weg bringen können. Zu ihnen zählen Fachpersonen aus den unterschiedlichsten Bereichen wie Recht, Bildung, Kultur, Wirtschaftspolitik und Medien.

Parallel dazu entwickeln wir Analysen, die einerseits das Verständnis für das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft stärken und andererseits Wege zu einer Transformation aufzeigen. Mit unseren Experten wollen wir die Schweiz sozusagen ihrer eigenen Realität ein Stück näherbringen.

MIX: Können Sie ein Beispiel geben?

KM: Wir bieten professionelle Beratungsleistungen und Prozessbegleitungen an, etwa für Institutionen, die sich in Bezug auf Fragen der Einwanderungsgesellschaft öffnen und weiterentwickeln wollen. In der Kunst- und Kulturförderung sieht man beispielsweise oft, dass Künstlerinnen und Künstler mit Migrationserfahrungen

«Künstlerinnen werden oft an einen Sondertopf für «Migrantenkunst» verwiesen.»

an soziokulturelle Förderprogramme oder einen Sondertopf für «Migrantenkunst» weiterverwiesen werden. Solche strukturellen Mechanismen zeigen einmal mehr das Denken in «wir» und «sie» – werden aber oft gar nicht bewusst wahrgenommen. Dabei sind Geschichten über Rassismus, plurale Lebenswelten oder Mehrsprachigkeit äusserst relevante Kernthemen unserer Gesellschaft. Entsprechend wollen wir die Auseinandersetzung mit «Kultur» im Zeitalter einer globalisierten Welt neu definieren und mitgestalten. Fest steht: Ohne Bewegung, Migration und permanente gesellschaftliche Veränderung gäbe es so etwas wie «Kultur» gar nicht.

MIX: Ist Migrationserfahrung eine Voraussetzung, um sich bei INES zu engagieren?

KM: INES fragt nach der Haltung, nicht nach der Herkunft. Zudem grenzt es heute an Absurdität, zwischen den «richtigen» Schweizerinnen und Schweizern und solchen mit Migrationshintergrund oder mit doppelter Staatsbürgerschaft klar unterscheiden zu wollen. Nicht alle, die am eigenen Leib Rassismus erleben, sind selbst in die Schweiz migriert. Daraus folgt im Umkehrschluss, dass nicht alle, die hier leben, aber in einem anderen Land geboren sind, im gleichen Mass Rassismus erleben. Konkret heisst das, dass ich als weisse Österreicherin, die seit sechs Jahren in der Schweiz lebt, im Alltag sicherlich weniger Diskriminierungserfahrungen

mache als eine Afroschweizerin, die hier geboren und aufgewachsen ist. Mit INES wollen wir über die trennenden Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung sprechen, aber wir wollen auch anerkennen, dass eine saubere Trennung nicht so einfach durchzuziehen ist.

MIX: In ihrer früheren Tätigkeit als Kuratorin der Shedhalle in Zürich haben Sie sich mit Möglichkeiten der Teilhabe intensiv auseinandergesetzt. Mit welchen Erfahrungen sind Sie dort weg?

KM: Ich wollte die Shedhalle, die u. a. mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, stärker mit relevanten gesellschaftspolitischen Herausforderungen in Beziehung bringen. Daraus entstand auch der Wunsch, Ideen zu entwickeln, die die Demokratisierung der Schweizer Demokratie vorantreiben und eine tatsächliche Transformation bewirken können. Die zentrale Frage war dabei: Wie kann die rechtliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe sämtlicher Menschen in einer Stadt ausgeweitet werden? Mit vielen Fachpersonen aus Wissenschaft, Kunst, Recht, Zivilgesellschaft, ehemaligen Sans-Papiers und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern haben wir uns auf die Suche nach Antworten gemacht. Daraus ist schliesslich die Initiative für eine Stadtbürgerschaft in Zürich und Bern entstanden. In der Bundeshauptstadt hat es das Konzept «Urban Citizenship» und eine konkrete Umsetzung, nämlich eine Stadtbürgerschaftskarte (City Card), immerhin bis ins Regierungsprogramm geschafft.

MIX: Welches Konzept steckt hinter der Urban Citizenship und der City Card?

KM: Citizenship bzw. Citoyenneté bedeutet, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt oder auch eines Landes, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Das heisst: Auch sie haben das Recht, mitzureden, mitzuentscheiden und die Gegenwart sowie die Zukunft der Stadt mitzugestalten, denn es ist auch ihre Stadt, ihre Gesellschaft, ihr Land. Mit der City Card wiederum würde eine Stadt ihren Einwohnerinnen und Einwohnern – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und von der Herkunft – in gewissen

Bereichen die gleichen Rechte zusprechen. In anderen Worten: Gerade auch Sans-Papiers die Möglichkeit bieten, sich auf den Strassen sicher zu bewegen, ohne dass eine zufällige Kontrolle im Tram oder im Strassenverkehr zu einer Ausschaffung führt.

MIX: In Zürich hat das Projekt der City Card öffentlich viele Wellen geschlagen, insbesondere weil die Kritik kam, man wolle durch die Hintertür Sans-Papiers legalisieren. Ging es Ihnen tatsächlich darum?

KM: Der Stadtrat hat sich Mitte September inzwischen gegen die Einführung der Züri City Card ausgesprochen. Das Projekt ist aber auch als Reaktion darauf zu sehen, dass auf der Ebene des Bundes und des Kantons Zürich alle Bemühungen um eine Regulierung langjährig anwesender und sogenannt «gut integrierter» Sans-Papiers gescheitert sind. Auf Bundes- und Kantonebene verschliesst die Politik schlicht

«Für viele ist die Mehrfachzugehörigkeit eine Selbstverständlichkeit.»

die Augen vor den berechtigten Interessen dieser zahlenmässig bedeutenden Personengruppe. Vor diesem Hintergrund ist auch der Handlungsbedarf auf der Ebene der Stadt Zürich ausgewiesen. Und ganz allgemein gesehen: Ohne entsprechende Nachfrage gäbe es keine Arbeitsmigration. Diese Arbeitskräfte haben aber jeweils weniger bis gar keine sozialen Rechte. Dass hier offensichtliche Ungerechtigkeiten und Ausbeutung stattfinden, bestreitet fast niemand, auch nicht in der Politik.

MIX: Wagen wir einen Blick die Zukunft. Wie sieht die nach INES aus?

KM: Die Zukunft lässt sich nicht aufhalten. Für so viele Jugendliche in der Schweiz ist der Umgang mit Mehrfachzugehörigkeit heute eine Selbstverständlichkeit. Da sind die Ideen von INES längst verkörpert. Und wenn man sieht, wie sich die Doppelbürger in der Schweizer Fussballnationalmannschaft selbstbewusst und kompetent in migrationspolitische Debatten einbringen, zeigt, dass sich die Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte gelohnt haben. ○

→ www.institutnueschweiz.ch

→ www.zuericitycard.ch

Auf Tuchfühlung mit der Verantwortung

Drei Menschen gehen voran und engagieren sich für ein gutes Zusammenleben. Auf unterschiedliche Weise sind sie damit auch Vorbilder in Sachen Partizipation.

TEXTE: GÜVENGÜL KÖZ BROWN UND PHILIPP GRÜNENFELDER
FOTOS: DONATA ETTLIN



Nemer Jnidi, 39, freier Redaktor Radio X, Basel

Kurdische Kultur frei senden

Kurz bevor der Krieg in Syrien ausbrach, habe ich meine Heimat aus politischen Gründen verlassen. Heimat – das klingt in den Ohren eines Kurden ein bisschen seltsam, sind wir doch weltweit das grösste Volk ohne eigenen Staat. Dass ich heute eine Radiosendung in kurdischer Sprache mache, grenzt fast an ein Wunder. Ich kann am Mikrophon ohne Angst meine Meinung zum Ausdruck bringen, meine Muttersprache pflegen und beides gleichzeitig anderen Kurdinnen und Kurden in der Schweiz näherbringen. Mir ist die sprachliche Identität sehr wichtig, denn sie ist das, was uns Kurden verbindet und nicht vergessen werden darf – egal wo wir leben. Selbstverständlich geht es in unserer Sendung, die Hêvî heisst, was Hoffnung bedeutet, auch um die Schweiz. Sie ist unser neues Zuhause, unsere neue Heimat. Hier bin ich nicht mehr ein Mensch dritter Klasse. Hier kann ich Verantwortung übernehmen und habe Möglichkeiten, mich weiterzuentwickeln – etwa durch meine Lehre als Küchenhilfe, die ich derzeit mache.



Monika Afonso, 45, Aktuarin Integrationskommission, Pratteln
Eigene positive Erfahrungen weitergeben

Mein Name erweckt den Eindruck, ich sei Südeuropäerin. Tatsächlich bin ich mit meinen Eltern als 10-Jährige aus dem kommunistischen Ungarn in die Schweiz geflüchtet. Mein Ehemann stammt aus der ehemaligen portugiesischen Kolonie Angola. Ich weiss also mehrfach, was es heisst, Teil einer neuen Gesellschaft zu werden. Auf diesem Weg war ich selbstverständlich auch Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt, aber in entscheidenden Momenten geriet ich immer wieder an gute Menschen. Diese positiven Erfahrungen bewogen mich, heute selber einen Beitrag für das gute Zusammenleben zu leisten. Nach dem Ethnologiestudium begann ich im Asylbereich. Mittlerweile engagiere ich mich neben der Arbeit in der Abteilung Gesundheit/Soziales der Gemeinde Pratteln in deren Integrationskommission. Das breit zusammengesetzte Gremium berät den Gemeinderat und sensibilisiert die Verwaltung hinsichtlich Diversität. Überall kann es mangels Erfahrung unbewusste «blinde Flecken» geben. Da möchten wir ansetzen, z.B. mit der Quartierarbeit, denn wir sehen grosses Potenzial für weitere Integrationsprojekte. ○



Darshikka Krishnanantham, 34, Stadträtin, Thun
In neue Aufgaben hineinwachsen

Wir kamen Mitte der 1980er-Jahre als politische Flüchtlinge aus Sri Lanka nach Thun. Zuerst mein Vater und zwei Jahre später meine Mutter und ich. Das Politische begleitet mich also quasi seit Geburt. Als eine der ersten tamilischen Secondas im Kanton Bern rutschte ich, wie mein Vater davor, automatisch in die Rolle einer Schlüsselperson, übernahm Vermittlungsfunktionen zu Ämtern, Schulen oder Ärzten. Heute mache ich das professionell als interkulturelle Übersetzerin und mit meiner eigenen Beratungsstelle. Wenn man darüber hinaus etwas erreichen will, muss man sich in der Schweiz politisch engagieren. Dieses Bewusstsein führte mich 2016 für die SP in den Thuner Stadtrat. Den Wahlkampf habe ich mit Herzblut geführt – an die Wahl als erste dunkelhäutige Thunerin hätte ich aber trotzdem nie geglaubt. Nun sammle ich auf diesem Parkett wertvolle Erfahrungen und kann mich da einbringen, wo entschieden wird. Nur die Erwartungshaltung aus der tamilischen Community ist sehr hoch. Auf lokaler Ebene kann ich keine Auslandspolitik zur Konfliktbehebung betreiben. Dafür setze ich mich für die gute Beratung und die schnelle Integration der Migrationsbevölkerung ein. ○

Voll dabei mit 18 Jahren

Junge Erwachsene, die einst als unbegleitete minderjährige Asylsuchende in die Schweiz kamen, stehen mit dem Erreichen der Volljährigkeit vor grossen Herausforderungen. Das Projekt «Voll dabei» der Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not will zu ihrer Selbstermächtigung beitragen.

FOTO: VOLL DABEI



In Workshops nach der neuen Erwachsenenrolle suchen.

TEXT:
SAMANTA
SIEGFRIED

Im Jahr 2016 erreichten rund 2000 unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) die Schweiz. Wie Abdelrahman aus Libyen und Buba aus Gambia. Sie haben sich in Libyen kennengelernt und brachen gemeinsam nach Europa auf. Buba wollte weiter nach Grossbritannien zu seiner Tante, wurde aber mit Abdelrahman in der Schweiz aufgegriffen und registriert. Zusammen kamen sie in ein Ankunftscenter in Huttwil, Kanton Bern, von wo aus sich die zuständige Stelle umfassend um ihre Betreuung kümmerte: um die Gesundheitsversorgung, einen Wohnplatz, Sprachkurse oder Freizeitaktivitäten.

Anschluss finden

Seit letztem Winter sind die beiden volljährig – und damit auf sich allein gestellt. Mit dem 18. Geburtstag werden UMA zu Erwachsenen. «Die Asylsuchenden müssen sich auf einmal selbst überlegen: Wie komme ich zurecht?», sagt Dögg Sigmarsdottir von der Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not. Mit dem Pilotprojekt «Voll dabei» will sie junge Erwachsene, die einst als UMA in die Schweiz kamen, dabei unterstützen, den Anschluss an die Gesellschaft zu finden. Es ist das einzige Angebot für diese Zielgruppe im Kanton.

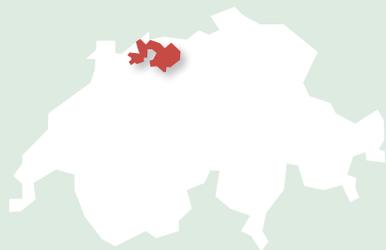
Der Pilot läuft von 2017 bis 2019 und ist in drei Zyklen angelegt, die jeweils in acht Workshops unterteilt sind. Gerade ist die Endphase des zweiten Zyklus angelaufen, in dem insgesamt 14 junge Erwachsene dabei sind, darunter auch Abdelrahman und Buba. Sie haben in einer Vorschule vom Projekt erfahren. Auf die Frage, warum sie mitmachen, antworten beide: «Wir wollen lernen, wie wir uns integrieren können.» Ein Wunsch, den Projektleiterin Sigmarsdottir bisher bei allen Teilnehmenden als erste Priorität erkannte. «Sie wollen in Kontakt kommen mit der Schweizer Bevölkerung und nicht in einer Parallelgesellschaft leben.»

Teilhabeöglichkeiten schaffen

Das Projekt ist auf den Pfeilern Demokratie, Gleichberechtigung und Teilhabe aufgebaut. Um dieses Fundament legen die Teilnehmenden die Themen selber fest. «Sie wissen besser als wir, was sie brauchen», so Sigmarsdottir. Dieses Mal haben sie sich für die Schwerpunkte Religion, Arbeit und Schule sowie Sport und Gesundheit entschieden. Dabei haben sie beispielsweise einen Rundgang im Haus der Religionen geplant, bei dem sie sich mit einem Imam und einer Seelsorgerin darüber austauschten, ob und in welcher Form sie ihre Religion in der Schweiz ausleben können. In einem anderen Workshop treffen sie sich mit Politikern und Fachpersonen aus dem Asylbereich, um ihre jeweiligen Perspektiven in der Schweiz zu besprechen. Das interessiert besonders auch Abdelrahman. Mit seinem N-Ausweis ist es ihm beinahe unmöglich, eine Lehrstelle anzutreten. «Wie kann ich mich integrieren, während ich auf meinen Asylentscheid warte?», fragt er sich. Als Berater sind oft auch Peers anwesend – Personen mit ähnlichem Hintergrund, die von ihren Erfahrungen berichten können.

«Voll dabei» will nicht nur partizipativ, sondern auch lösungsorientiert arbeiten. So lernen die jungen Erwachsenen etwa, wie man selbst ein Projekt auf die Beine stellen kann, oder gehen im nahen Umfeld ihren eigenen Interessen nach. Zwei der Teilnehmer wollten dabei wissen, wie sie einem Fussballverein beitreten können – und haben beim lokalen Klub nachgefragt. Aus diesen Recherchen sind Dokumentarvideos entstanden, die wiederum andere Jugendliche inspirieren können. «Es sind Übungen, die dazu beitragen können, ihren Alltag als junge Erwachsene zu bestreiten», resümiert Sigmarsdottir. Ihre Ergebnisse werden in verschiedener Form am 24. November in der Stube des PROGR – Zentrum für Kulturproduktion in Bern präsentiert.

→ www.volldabei.ch



«Es gibt noch viel zu tun» Ein Pilotprojekt zur Bekämpfung von Mädchenbeschneidung will die Autonomie von Migrantinnen in der Schweiz stärken.

TEXT: JACQUELINE BECK

Von #MeToo bis «079, het sie gseit»: Die aktuellen Diskussionen um Sexismus und sexuelle Gewalt an Frauen zeigen, wie unsere Gesellschaft gerade aushandelt, wann ein Nein als Nein akzeptiert werden soll und welche Grenzen das Ausleben des eigenen Begehrens hat. Dass eine Gesellschaft Werte und Normen immer wieder hinterfragen soll und sich dadurch auch verändern kann, ist eine der Hauptbotschaften von Monica Somacal von der Fachstelle für sexuelle Gesundheit in Liestal. Sie setzt sich seit 2017 im Rahmen eines Pilotprojekts des Netzwerks gegen Mädchenbeschneidung Schweiz für eine selbstbestimmte Sexualität der Frau ein.

Verstärktes Engagement

Von dieser Praxis, die von der Beschneidung der Klitoris bis hin zur Entfernung der Schamlippen und dem Zunähen der Vulva reichen kann, sind in der Schweiz gemäss Schätzungen aus dem Jahr 2013 rund 14 700 Mädchen und Frauen betroffen oder gefährdet. Es sind vor allem Menschen aus Eritrea, Somalia, Äthiopien, Sudan und Ägypten. Der Bund beschloss 2015, sein Engagement gegen weibliche Genitalverstümmelung/-beschneidung (FGM/C) zu verstärken. Er beauftragte ein Netzwerk

unter Federführung von Caritas und Terre des Femmes Schweiz, ein Informations- und Beratungsangebot aufzubauen. Neben zwei nationalen Anlaufstellen, bestehenden Angeboten in der Romandie und im medizinischen Bereich wurden zwei regionale Stellen in den Kantonen Aargau und Basel-Landschaft installiert. Die Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit bei den betroffenen Migrationsgruppen steht dabei im Vordergrund.

«Es gilt, unter den Frauen eine gemeinsame Sprache zu finden, ein Körper- und Selbstbewusstsein aufzubauen.»

Gemeinsam mit einer interkulturellen Übersetzerin besucht Somacal regelmässig Anlässe und Frauentreffs in den Communities. Fingerspitzengefühl ist dabei gefordert: «Ich komme nicht mit der Fahne und sage, so, jetzt sprechen wir über Beschneidung.» Vielmehr sei das Thema eingebettet in Fragen rund um Familienplanung, Verhütung und Geschlechterrollen – Bereiche, in denen oft ganz unterschiedliche Vorstellungen, Traditionen und Tabus zum Vorschein kommen. «Ich betone gerne, dass es auch in der Schweiz vor 50 Jahren noch undenkbar war, dass der Mann sein Kind am Morgen zur Kinderkrippe fuhr.» Es gilt, unter den Frauen eine gemeinsame Sprache zu finden, ein Körper- und Selbstbewusstsein aufzubauen. Aber auch, Klartext zu reden:

FGM/C ist eine Menschenrechtsverletzung und wird in der Schweiz strafrechtlich verfolgt. In den meisten Herkunftsländern ist die Praxis mittlerweile ebenfalls verboten, doch gerade in ländlichen Regionen hält sich die Tradition hartnäckig. Häufig ist sie verbunden mit Vorstellungen von Reinheit, Treue und Kontrolle des Sexualtriebes der Frau.

Selbstbestimmtes Handeln

Frauen schon früh im Asyl- und Integrationsprozess den Zugang zu Bildungsangeboten zu ermöglichen, ist deshalb für Somacal zentral: Nur so würden die Migrantinnen befähigt, eigenständige Entscheidungen für sich und ihre Töchter zu treffen. Die Fachfrau plädiert für eine Verankerung des Themas bei allen im Integrationsprozess beteiligten Institutionen – und hofft auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Basler Kantonen. Der Einsatz für eine emanzipierte Gesellschaft erfordert Zeit. Wie es mit der Finanzierung nach Ablauf des Pilotprojekts weitergeht, ist noch offen. ○

→ www.maedchenbeschneidung.ch

ANZEIGEN

Kompetenzzentrum für Integrationsfragen

Unsere Angebote

- Dolmetsch- und Übersetzungsdienst
- Deutschkurse und anerkannte Deutschprüfungen
- Trainings in Interkultureller Kommunikation
- Berufliche und soziale Integrationsprogramme
- Mehrsprachige Beratungsstelle
- Staatskundekurse
- Individuelle Firmenlösungen



Ausländerdienst Baselland

Bahnhofstrasse 16, 4133 Pratteln
Telefon 061 827 99 00, Fax 061 827 99 09
info@ald-bl.ch, www.ald-bl.ch

WIR SUCHEN...

Freiwillige, die bereit sind, unser Jobcoaching-Programm zu unterstützen und Migrant/innen in die Arbeitswelt zu begleiten.

Einsatz: eine bis zwei Stunden pro Woche während sechs Monaten.

Bei Interesse oder Fragen:
• coaching@multimondo.ch
• Tel. 077 440 93 02

MULTIMONDO, Neumarktstrasse 64
2503 Biel, Tel. 032 322 50 20
info@multimondo.ch, www.multimondo.ch



Ein ungutes Bauchgefühl *Die Anlaufstelle Radikalisierung nimmt Verdachtshinweise jeder Art entgegen. Meist bestätigen sich die Befürchtungen nicht – gleichwohl kann geholfen werden.*

TEXT: PHILIPP GRÜNENFELDER

Junge Menschen, die im Namen des Islam Attentate verüben, in linksradikalen Gruppierungen Beamte angreifen oder mit rechtsextremen Horden Migrantinnen verfolgen: Solche und andere Bilder der Radikalisierung sind medial präsent und vermitteln ein Gefühl der Bedrohung. «Viele stellen sich die Frage, woran sie bei einer Person Radikalisierungstendenzen mit zunehmender Gewaltbereitschaft erkennen können. Da die Anzeichen dafür oft nicht eindeutig sind, nehmen wir alle Anfragen ernst – auch mit der Möglichkeit, dass sich die Befürchtungen im Rahmen unserer Abklärungen nicht bestätigen lassen», sagt Annina Baumann. In der Fachstelle Prävention gegen Gewalt der Kantonspolizei Basel-Stadt leitet sie die Anlaufstelle Radikalisierung, die der Regierungsrat im Herbst 2016 ins Leben rief. Seither unterstützt die Psychologin mit ihrem Team Ratsuchende, nimmt konkrete Verdachtsfälle entgegen und geht diesen nach. «Meist beobachten Lehrpersonen,

aber auch Familienangehörige oder Freunde Entwicklungen, die bei ihnen ein ungutes Bauchgefühl auslösen», weiss Baumann. Jeder Fall wird vertraulich behandelt. Seit Beginn seien das rund 30 Meldungen. Fünf davon hätten «Fleisch am Knochen gehabt», wie Baumann sagt. Letztere wurden u. a. in der Taskforce Radikalisierung besprochen, die unter der Leitung der Fachstelle Diversität und Integration steht. Sie dient als Beratungs-

sowie Netzwerk gremium und existiert ebenfalls seit zwei Jahren. «Erst danach leiten wir, wenn nötig, weitere Schritte ein, wie etwa die Weitergabe an die Strafverfolgungsbehörden. Bei unmittelbar drohender Gefahr würden wir das natürlich sofort unseren Einsatzkollegen melden», so Baumann weiter.

Radikal ist nicht gleich radikalisiert

Mit Fachpersonen u. a. aus der Psychiatrie, der Staats- und Jugendanwaltschaft sowie mit dem Koordinator für Religionsfragen ist die Taskforce bewusst breit besetzt. Der interdisziplinäre Austausch und Einbezug von Dritten, wie etwa der Schulsozialarbeit, sei für die Einschätzung und Lösungsfindung, aber auch darüber hinaus wichtig: «Radikalisierung ist kein isoliertes System. Selbst wenn jemand letztlich keine Gewaltbedrohung darstellt und entsprechend auch nicht als radikalisiert gilt, gibt ein radikales Verhalten innerhalb des gesetzlichen Rahmens bisweilen Rückschlüsse über eine andere Problemstellung», so die Fachfrau. Religiöser Extremismus sei das wirklich selten. Vielmehr Mobbing, Identitätsfindung oder einfach der verzweifelte Wunsch, Gehör zu finden. «Im Übrigen sind plötzliche äusserliche Veränderungen oder eine gröbere Sprache und Symbolik in den sozialen Medien gerade im Selbstfindungs- und Abgrenzungsprozess von Jugendlichen nichts Aussergewöhnliches», gibt sie zu bedenken. Umso wichtiger sei die sorgfältige Analyse und das Führen von Gesprächen mit sämtlichen Beteiligten. «So können wir allen, die sich an die Anlaufstelle wenden, aber genauso den Betroffenen Hilfestellungen bieten – unabhängig davon, welches Problem sich zeigt. Und wir haben die Chance, tatsächlich kritische Fälle früh zu erkennen», so Baumann überzeugt. ○

ANLAUFSTELLE RADIKALISIERUNG

Telefon: 061 201 77 11
Montag bis Freitag, 8–17 Uhr
(bei unmittelbarer Gefahr
immer direkt 117)
E-Mail: kapo.ar@jso.bs.ch

→ www.polizei.bs.ch/praevention

ANZEIGEN

K5 Basler Kurszentrum

Ihre Sprachschule mit Deutschkursen
für Alltag und Beruf | mit Kinderbetreuung

Jetzt starten neue Kurse!
Melden Sie sich an: www.k5kurszentrum.ch



K5
Basler Kurszentrum
für Menschen aus
Kontinenten

Die MIX
tweetet
und postet
auch!

twitter.com/mix_magazin
facebook.com/mixmagazin



«Alles aus einer Hand» Der Asyl- und Flüchtlingsbereich wird im Kanton Bern neu strukturiert. Welche Veränderungen dabei im Vordergrund stehen, erklärt Michaela Williner, wissenschaftliche Projektmitarbeiterin in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion.

INTERVIEW: GÜVENGÜL KÖZ BROWN

MIX: Frau Williner, mit der Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern (NA-BE) sollen die Zuständigkeiten neu organisiert werden. Weshalb ist das nötig?

Michaela Williner (MW): Den Anstoss zur Reorganisation gab das klare Ja des Stimmvolks zur Asylgesetzrevision vor zwei Jahren. Diese sieht ein beschleunigtes Verfahren vor, worin der Bund den Kantonen künftig nur noch jene Personen zuteilt, die eine realistische Chance haben, als anerkannte Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene in der Schweiz zu bleiben. Der Regierungsrat des Kantons Bern nahm dies zum Anlass, um auf kantonaler Ebene die Zuständigkeiten bis 2020 neu zu definieren und den ganzen Bereich zu optimieren, dies mit dem Hauptfokus auf einer raschen und nachhaltigen beruflichen und sozialen Integration.

MIX: Wie sind die Verantwortlichkeiten derzeit verteilt?

MW: Die Aufgaben teilen sich momentan die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) mit der Polizei- und Militärdirektion (POM). Während wir für alle Belange der anerkannten Flüchtlinge zuständig sind, trägt die POM die Verantwortung für alle Asylsuchenden und Nothilfebeziehenden. Bei den vorläufig Aufgenommenen ist die Zuständigkeit derzeit aufgeteilt. Wir sind

verantwortlich für die Integrationsförderung, die POM für die Ausrichtung der Sozialhilfe und für die Unterbringung. Künftig soll die Hauptverantwortung für alle Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich bei der GEF liegen, ganz nach dem Motto: Alles aus einer Hand. Die POM wird sich auf die Ausrichtung der Nothilfe und den Wegweisungsvollzug konzentrieren.

«Im Zentrum des neuen Modells steht die schnelle und nachhaltige Integration.»

MIX: Für die Integration wird künftig also nur noch Ihre Direktion zuständig sein. Was ist da Ihr Hauptziel?

MW: Im Zentrum des neuen Modells steht die schnelle und nachhaltige Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen. Das bedingt neben dem Spracherwerb vor allem die rasche Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, damit die Menschen nicht lange von der Sozialhilfe abhängig sind. Unser Auftrag ist es, entsprechend eng mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten. So wollen wir etwa Anreize für integrationsbereite Unternehmen schaffen, damit sie mitmachen. Das könnten beispielsweise die Vereinfachung der Anstellungsprozesse und somit die Verminderung administrativer Hürden sein.

MIX: Sie werden aber kaum alle operativen Aufgaben selbst umsetzen?

MW: Das stimmt. Wir werden für die strategische Leitung und das Controlling zuständig sein. In unserem Auftrag werden sich regionale Partner um alle Belange der ihnen zugewiesenen Personen kümmern – von Massnahmen zur Integrationsförderung über die Organisation der Unterkunft bis hin zur individuellen Betreuung und Auszahlung der Sozialhilfe. Sie können zur Erfüllung dieses Auftrags natürlich auch mit weiteren Partnern zusammenarbeiten. Nach der öffentlichen Ausschreibung, die gerade am Laufen ist, werden wir uns Anfang des kommenden Jahres für die geeigneten Institutionen entscheiden. Wir selber werden aber weiterhin punktuell auch Pilotprojekte lancieren und betreuen.

MIX: Ist diese Konzentration auf die regionalen Partner auch Teil des neuen Konzepts?

MW: Ja, auch hier gilt: unnötige Schnittstellen abbauen und die Zusammenarbeit für alle Beteiligten vereinfachen und effizienter gestalten. ○

→ https://www.gef.be.ch/gef/de/index/migration_integration/migration_integration/projekt-na-be.htm

Deutsch und Berufsbildung

- **Alphabetisierung**, Basel, Bern, Solothurn
- **Intensivkurse auf A1 bis C1**
Basel, Bern, Solothurn
- **Standardkurse am Morgen, Nachmittag, Abend und Samstag auf A1 bis C1**
Basel, Bern, Solothurn
- **Kurse in Betrieben**
Basel, Bern, Solothurn
- **TELC-Prüfungen auf A1 bis C1**
Basel, Bern, Solothurn
- **Integrationskurse für neu zugezogene Migranten**, Basel, Bern, Solothurn
- **Berufsbezogene Deutschkurse** in Basel, Bern, Solothurn
- **Verkaufsfrau**, Lehrgang für Frauen im Detailhandel, Bern
- **Fachkurse in den Bereichen Gastronomie, Reinigung, Hauswirtschaft**, Basel, Bern, Solothurn
- **CNC für Operateure, Drehen, Fräsen, Programmieren**, Solothurn
- **World Wide Women**, Bildungsgang für qualifizierte fremdsprachige Frauen, Basel

Informatik

- **PC Einstieg: Es ist nie zu spät!**
Basel, Bern, Solothurn
 - **PC-AnwenderIn Base**
Basel, Bern, Solothurn
 - **PC-AnwenderIn Standard**
Basel, Bern, Solothurn
 - **Digitale Fotografie**
Bern, Solothurn
 - **Web Designer**
Bern, Solothurn
- www.ecap.ch

Auskünfte und Anmeldung

ECAP Basel
Clarastrasse 17
4005 Basel
Tel 061 690 96 26
info@ecap.ch

ECAP Solothurn
Biberiststrasse 24
4500 Solothurn
Tel 032 622 22 40
info@ecap.ch

ECAP Bern
Freiburgstrasse 139c
3008 Bern
Tel 031 381 81 33
info@ecap.ch



«Bei mir trifft sich die ganze Welt»

Integrationsgespräche für Arbeitnehmende und Personen im Familiennachzug aus Drittstaaten sowie spät immigrierte Jugendliche bieten wichtige Orientierungshilfen. Irene Rüesch, Fachbereichsleiterin beim Kanton, kennt die Hintergründe.

INTERVIEW: PHILIPP GRÜNENFELDER

MIX: Frau Rüesch, worin bestehen der Sinn und Mehrwert solcher Informations- und Beratungsgespräche?

Irene Rüesch (IR): Wir möchten die soziale und sprachliche Integration früh und gezielt fördern. Deshalb vermitteln wir den neu Zugewanderten seit 2012 bedarfsgerechte Informationen zum Leben in der Schweiz und in Graubünden. Dies erleichtert die Orientierung im neuen Lebensumfeld. Gleichzeitig bauen wir Vertrauen gegenüber Amtsstellen auf. Wir erkennen das daran, dass sich viele auch später immer wieder bei unterschiedlichsten Fragestellungen an uns wenden.

«DA ME SI INCONTRA TUTTO IL MONDO»

Con colloqui di integrazione per lavoratori e persone arrivate nel quadro del ricongiungimento familiare da Stati terzi nonché adolescenti immigrati dopo l'infanzia, il Cantone trasmette informazioni conformi ai bisogni sulla vita in Svizzera e nei Grigioni e determina la necessità di integrazione nei singoli casi. Si parla soprattutto di temi fondamentali come l'apprendimento della lingua, l'entrata nel mercato del lavoro o la formazione e il perfezionamento professionale. Però vi è anche spazio per altre domande derivanti dalle concrete situazioni di vita. Queste possono riguardare i diritti e i doveri legati al rispettivo permesso di soggiorno, la vita familiare o le assicurazioni sociali. Per garantire la comprensione di norma il Servizio specializzato per l'integrazione coinvolge mediatori interculturali professionisti. Se le conoscenze linguistiche sono insufficienti redige un accordo o una raccomandazione d'integrazione.

MIX: Wie müssen die Gespräche ausgestaltet sein, damit sie tatsächlich eine Orientierung bieten?

IR: Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie stehen, und den Inhalt der Gespräche individuell auf die Bedürfnisse des und der Einzelnen abstimmen. Ein Jugendlicher, der nach der obligatorischen Schulzeit in Portugal zu den Eltern ins Engadin zieht, hat einen anderen Weg vor sich als ein 40-jähriger Radiologe, der wegen seiner Schweizer Ehefrau von Australien nach Chur kommt. Um die Verständigung sicherstellen zu können, ziehen wir in der Regel interkulturelle Dolmetschende bei. Diese sind auch wichtige Brückenbauende zwischen den Kulturen.

MIX: Wie sind die Gespräche aufgebaut?

IR: Zuerst erkläre ich die Rollen der Beteiligten sowie das Ziel und den Zweck des Gespräches. Das beugt Missverständnisse vor. Weil der Spracherwerb die wichtigste Integrationskomponente ist, geben wir diesem Thema viel Raum. Wir klären den Bedarf ab und zeigen auf, welche Schritte mit welchen Kursangeboten machbar sind. Das ist in unserem vielfältigen und mehrsprachigen Kanton sehr unterschiedlich. Sind die lokalen Sprachkenntnisse ungenügend, erstellen wir eine Integrationsvereinbarung bzw. -empfehlung. Darüber hinaus gibt es natürlich viel Platz für individuelle Fragestellungen.

MIX: Welche Anliegen tauchen hier auf?

IR: Neben dem Spracherwerb ist das vor allem der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dazu gehört gerade bei jungen Menschen auch das Aufzeigen von Aus- und Weiterbildungswegen. Oder die Diplomanerkennung – eine oft schwierige Sache. Meist sind es konkrete Fragen zur Lebenssituation. Etwa zu den Rechten und Pflichten der jeweiligen Aufenthaltserlaubnis, zu den Sozialversicherungen. Aber auch ganz alltägliche Fragen zum Familienleben oder zur Anerkennung des Führerausweises.

MIX: Was sind dabei Ihre Botschaften?

IR: Dass der Spracherwerb genauso ein fortlaufender und Ausdauer erfordernder Prozess ist wie die Integration. Und dass es sich lohnt, bewusst in den Integrationsprozess einzusteigen und einen Beitrag hierfür zu leisten. Ein Kurs da und dort allein reicht nicht aus.

MIX: Was fasziniert Sie an dieser Arbeit?

IR: Bei mir trifft sich die ganze Welt. So bekomme ich aus unterschiedlichsten Kulturen sehr schöne und bisweilen auch dramatische Lebensgeschichten hautnah mit. Das kann ab und zu eine emotionale Herausforderung sein, ist aber immer eine spannende Aufgabe, denn jedes Gespräch verläuft anders. ○

→ www.integration.gr.ch

→ www.hallo.gr.ch

ANZEIGEN

LERNFORUM

Sprachen, Nachhilfe, Prüfungsvorbereitung

Unsere Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten sind Spitze!



LERNFORUM Chur GmbH · Calandastrasse 38 · 7000 Chur
Telefon 081 353 63 62 · www.lernforum.ch



Die MIX

2 × jährlich gratis im Briefkasten!

Jetzt abonnieren:
mixmagazin.ch/bestellen

Ein Teufelskreis

Es ist paradox: Die Angst vor Kriminalität und Armut im Westen steigt, währenddessen Armut und Kriminalität abnehmen. Doch die aufgeblasenen Lügengeschichten der Populisten fallen auf fruchtbaren Boden. Viele Menschen sind mit der Informationsflut überfordert und mit der Lebenssituation unzufrieden. Ein Schuldiger muss her. Der Flüchtling oder die da oben taugen gut dazu. Es entsteht ein Klima der Angst und des Hasses, das die bitter nötige Solidarität mit den Flüchtenden weltweit verunmöglicht. Da aber weiterhin Menschen in den Westen flüchten, ergeben sich, kombiniert mit der ablehnenden Haltung und den Vorurteilen der Bevölkerung, soziale Konflikte. Asylsuchende, Ausländer und Arme werden an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Beide Seiten fühlen sich bedroht. Gewalt bricht aus. Das hingegen füttert wieder das Narrativ des gefährlichen und undankbaren Fremden. Ein Teufelskreis.

Die Öffentlichkeit, die Regierungen und die Medien müssen die Fakten immer und immer wieder klarstellen. Sie müssen aufklären und beschwichtigen. Wenn die Populisten tausend Mal erzählen, Flüchtlinge und Muslime wären schuld an Vergewaltigung und Gewalt, muss man dem tausendundein Mal entgegenhalten, dass Gewaltverbrechen nicht signifikant zugenommen haben, seit mehr Menschen in die europäischen Länder flüchten. Dass häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe in inländischen Familien häufiger sind. Dass in Deutschland mehr Gewalt von rechtsradikalen Schlägertrupps als von Asylsuchenden ausgeht. Dass momentan grosse Talksendungen und Zeitungen die Aussagen der Populisten ernst oder im Extremfall übernehmen, ist fatal. Begriffe wie «Asylchaos», «unkontrollierte Grenzöffnung» oder «Wirtschaftsflüchtlinge» werden heute ganz selbstverständlich von grossen Zeitungen oder «Experten» übernommen. Dass dieses populistische Vokabular massentauglich geworden ist, ist alarmierend. Lasst uns alle überall immer wieder dagegen ankämpfen. Als Journalisten, als öffentliche Personen, aber auch als private!

CARTE BLANCHE FÜR DAVID KOHLER
ALIAS KNACKEBOUL, RAPPER, BEATBOXER,
REDAKTOR UND MODERATOR.
FOTO: ZVG



Alla prossima! Italienerinnen und Italiener bilden wieder die grösste Zuwanderungsgruppe aus EU-Ländern. Ihr Weg über die Alpen ist auch ein zahlenmässiges Auf und Ab.

TEXT: PHILIPP GRÜNENFELDER



Ankommen oder ausreisen? Chiasso um 1950.

Die Schweizer Städte gedeihen, Wasserkraftwerke entstehen und die Eisenbahnnetze wachsen. Das lockt Ende des 19. Jahrhunderts erstmals in grosser Zahl Arbeitskräfte über die Alpen. Leben 1860 rund 10 000 Italienerinnen und Italiener in der Schweiz, sind es um 1910 über 200 000. Die meist jungen Männer profitieren von der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit in Europa, die mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs allerdings ein jähes Ende findet. Ihre Zahl sowie diejenige aller Ausländerinnen und Ausländer nimmt bis nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges markant ab.

Wieder kommen junge Menschen

Während Europa in Trümmern liegt, rekrutiert die unversehrte Schweizer Industrie danach bald wieder Arbeitskräfte im Ausland – vor allem aus Italien. Anstelle der Niederlassungsfreiheit gilt für sie nun aller-

dings eine restriktive Ausländerpolitik, u. a. mit dem Saisonierstatut. Erst das «Italienerabkommen» von 1964 stellt sie einheimischen Arbeitskräften, etwa bei den Sozialleistungen, gleich. Der Familiennachzug wird endlich erleichtert. Parallel dazu nehmen «Überfremdungsdebatten» zu. Bis im Zuge der Ölkrise der 1970er-Jahre zehntausende Arbeitslose «exportiert» werden und sich die Aversionen allmählich gegen andere Zuwanderungsgruppen richten. Wieder einmal sinkt ihr Anteil von mittlerweile 520 000 deutlich und pendelt sich bei zuletzt 326 000 ein. Die einstigen «Tschinggen» gehören heute zu unserem Selbstverständnis, viele Nachkommen besitzen den Schweizer Pass. Die Einwanderungsgeschichte aus dem südlichen Nachbarland ist damit aber nicht abgeschlossen. Mit der Personenfreizügigkeit kommen wieder vermehrt Italienerinnen und Italiener in die Schweiz. Seit 2016 weisen sie gar die höchste Einwanderungsquote aus allen EU-Ländern auf. Und erneut sind es vornehmlich junge Menschen – auch Frauen –, die in Italien keine beruflichen Perspektiven sehen. Allerdings mit dem signifikanten Unterschied, dass sie heute in der Regel über beste Qualifikationen verfügen. Ein Sinnbild für die gesamte Migrationsentwicklung. ○



317 372

**Grenzgängerinnen und
Grenzgänger arbeiten
in der Schweiz.**

Barrieren kennt sie nicht *Täglich passieren Hunderttausende auf ihrem Arbeitsweg in die Schweiz eine Landesgrenze. Olga Hahn überwindet ganz selbstverständlich noch ein paar andere.*

TEXT:
PHILIPP
GRÜNENFELDER
FOTO:
CLAUDIA LINK

Sind wir nun in Basel-Stadt oder Basel-Landschaft? Olga Hahn ist sichtlich amüsiert über die Verwirrung bei den Gästen von der MIX. Der Autor und die Fotografin scheinen nicht die Ersten zu sein, die sich während einer Führung durch die Räumlichkeiten ihres Arbeitgebers irritiert zeigen. Für Hahn sind Grenzübertritte Alltag. Einerseits weil sich das Firmenareal der ETAVIS Kriegel+Schaffner AG tatsächlich über die Kantonsgrenze erstreckt. Und andererseits, «weil ich täglich von der südbadischen Stadt Weil am Rhein über die Landesgrenze nach Basel pendle», so die 30-Jährige. Allein bei ihrem Arbeitgeber tun es ihr rund 420 von 800 Angestellten gleich und kommen aus Frankreich oder Deutschland. In der ganzen Nordwestschweiz sind es am Stichtag Mitte 2018 über 70 000 und national, mit weiteren Schwergewichten in der Genferseeregion und dem Tessin, 317 372.

Während andernorts teils heftig über das Phänomen debattiert wird, scheint es im Dreiland um Basel kein akutes Thema zu sein. «Ich habe jedenfalls noch nie etwas Negatives mitbekommen», so die Südbadenerin. Die Trams fahren zwar erst seit wenigen Jahren wieder über die Grenzen, der ökonomische und kulturelle Austausch gehört jedoch seit jeher zum regionalen Selbstverständnis. «Dennoch empfand ich das tägliche Passieren der Grenze anfänglich noch als Switch zwischen zwei Welten», blickt die Mutter einer 4-jährigen Tochter zurück. Nach acht Jahren mache sie sich darüber aber längst keine Gedanken mehr. So lange arbeitet sie mit einer einjährigen Babypause für das Basler Elektrotechnik-, Telematik- und Automationstechnikunternehmen. Zuerst im Bereich Kundendienst und Gebäudeinstallation, später als Assistentin der Geschäftsleitung und heute als Marketingassistentin. «Ich liebe es, wenn ich mit so vielen Menschen und unterschiedlichen Anliegen wie möglich konfrontiert werde und mich dadurch kontinuierlich weiterentwickeln kann», so Hahn. Das sei ihr bereits während der Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten in Deutschland bewusst geworden. So richtig ausleben könne sie es aber erst, seit sie hier sei. Ob sie dabei die vielzitierte Schweizer Zurückhaltung nicht störe? «Ich liebe diese gewissenhafte Arbeitskultur und den respektvollen Umgang», entgegnet sie umgehend. Wäre das familienergänzende Betreuungsangebot in der Schweiz besser und erschwinglicher, würde sie wohl sogar längst hier wohnen. «Nur manchmal, naja, denke ich mir bei Einzelnen schon, nun komm mal auf den Punkt», sagt sie und lacht über ihre eigene Aussage. Denn solche Zuschreibungen seien bekanntlich nicht zu generalisieren.

«Manchmal denke ich mir schon, nun komm mal auf den Punkt.»

Olga Hahn ist gerade dreieinhalb, als ihre Eltern aus Kasachstan nach Baden-Württemberg ziehen. Der Vater Russe und LKW-Fahrer, die Mutter Deutschrussin und im Einzelhandel tätig. «Sie impfte mir schon früh ein, dass meine Zukunft in den eigenen Händen liegt», sagt die junge Frau, die somit bereits als Kleinkind unmittelbar mitbekommt, was es heisst, eine neue Familienexistenz aufzubauen. In Kasachstan seien sie bis heute die Deutschen, in Deutschland die Russen und sie selbst nun sogar fast noch ein bisschen Schweizerin. «Vielleicht kenne ich auch durch diese direkten und indirekten Erfahrungen über Zugehörigkeit kaum Grenzen, wer weiss.» Sie habe aber per se ein neugieriges und offenes Naturell, versuche das auch der Tochter weiterzugeben. Zum Beispiel über die russische Sprache und die Familiengeschichte. «Auch pflege ich eine schöne Beziehung zu meinem Patenkind in Moskau. Doch am meisten Energie verspüre ich beim alltäglichen Überwinden von Grenzen.» Man nimmt es ihr im eigentlichen Sinne genauso ab wie im übertragenen – und kehrt gemeinsam über eine Gebäudepasserelle zurück von der Landschaft in die Stadt. ○



«Mettre quelqu'un en boîte» *Wer im deutschsprachigen Raum jemanden veräppeln will, behandelt die auserwählte Person wie ein kleines Kind und nimmt sie auf den Arm. Etwas düsterer veralbern Französinen und Franzosen ihre Mitmenschen – sie packen sie in eine Schachtel.*

ILLUSTRATION: ISABEL PETERHANS

MIX

MAGAZIN FÜR VIELFALT

Impressum 2/2018

www.mixmagazin.ch
www.facebook.com/mixmagazin
www.twitter.com/mix_magazin

Die MIX erscheint zweimal jährlich und kann kostenlos abonniert werden:
www.mixmagazin.ch/bestellen

HERAUSGEBER

Sicherheitsdirektion Kanton Basel-Landschaft
 Fachbereich Integration
 Tel. 061 552 66 53
www.integration.bl.ch

Präsidialdepartement Kanton Basel-Stadt
 Fachstelle Diversität und Integration
 Tel. 061 267 78 40
www.integration.bs.ch

Gesundheits- und Fürsorgedirektion Kanton Bern
 Abteilung Integration
 Tel. 031 633 78 17
www.be.ch/integration

Amt für Migration und Zivilrecht Kanton Graubünden
 Fachstelle Integration
 Tel. 081 257 26 02
www.integration.gr.ch

**REDAKTION**

Umlaut - Büro für Kommunikation
 Güvengül Köz Brown, Philipp Grünenfelder
 Tel. 061 322 18 08
www.umlaut.ch

Mit Beiträgen von Jacqueline Beck, David Kohler
 alias Knackeboul und Samanta Siegfried.

GESTALTUNG

Konzept: büro basel, Sibylle Ryser und
 Andrea Gruber, www.bürobasel.ch
 Layout: Andrea Gruber

Titelbild: © Claudia Link

DRUCK

Mittelland Zeitungsdruck AG
 Auflage: 50 000 Exemplare